



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

: Politische Briefe. VII. : Die Begründung des Zolltarifs.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

spricht nicht den Anforderungen, die man billigerweise an eine Bühne von solchem Range zu stellen berechtigt ist. Aber man darf nicht vergessen, daß die Engagements von Schauspielern und Schauspielerinnen an einem Hoftheater nicht immer vom Belieben des Intendanten abhängen. Nur zu oft machen sich Einflüsse geltend, denen der Intendant nicht zu begegnen im Stande ist. Nichtsdestoweniger ließe sich auch mit untergeordneten Kräften mehr erreichen, als thatsächlich erreicht worden ist. In der verflossenen Saison vom 1. Oktober bis 1. April sind sechs einaktige und vier zwei-, drei- und vieraktige Stücke zum ersten Male gegeben worden. Die sechs Einakter stiegen klanglos zum Orkus hinab, und von den übrigen Novitäten scheint sich nur eine — die „Frau ohne Geist“ von Hugo Bürger — zu einer zeitweiligen Bereicherung des Repertoires gestalten zu wollen. Aber selbst an dieses ganz amüsante und fesselnde Lustspiel darf man keinen strengen aesthetischen Maßstab anlegen. Mit einem architektonisch meisterhaft gegliederten Drama wie die „Fourchambault“ läßt es sich nicht vergleichen, und von Tiefe oder Originalität der Charakteristik ist auch nicht viel zu spüren; es ist nur eine leichte Abendunterhaltung, die sich mit dem Abende verflüchtigt, ohne den geringsten Stoff zum Nachdenken zu hinterlassen. ♂

---

## Politische Briefe.

### VII.

#### Die Begründung des Zolltarifs.

Was ist nicht alles in die Welt geschrieben worden über die Eilfertigkeit, über die Planlosigkeit, mit welcher die Kommission zur Zollreform gearbeitet haben sollte. Als der neue Tarif vorlag, behauptete man noch, die alten Positionen seien Stück für Stück je nach dem Andrängen derjenigen theilhaftigen Interessenten, die ihre Wünsche gerade am lautesten zum Gehör der Kommission gebracht, erhöht worden, ohne Umblick, ohne Rücksicht auf die Beschädigten. Man behauptete, zusammenhängende Motive, einen Gesamtplan der Reform werde die Kommission gar nicht aufzustellen vermögen, weil sie kein anderes Material besitze als eine stückweise Begründung für die Erhöhung bald dieses bald jenes Artikels.

Seit dem 19. April liegen nun diese Motive der Deffentlichkeit vor, die man für dürftig und belanglos ausgab, ohne sie zu kennen. Man darf ge-

spannt sein, ob eine solche Charakteristik sich auch jetzt noch hervorzagen wird. Wir glauben, jeder Unbefangene, auch der überzeugte Freihändler, wenn er überhaupt noch ernstern Gründen zugänglich ist, wird aus dem Studium dieser Begründung den Eindruck gewinnen müssen, daß, wenn die vorgeschlagene Maßregel wenigstens prinzipiell für das deutsche Volk eine der wichtigsten Entscheidungen enthält, auch der deutschen Volksvertretung, sei es im Reich, sei es in Preußen, noch keine Entscheidung unter dem Gewicht gleich dringender und gleich tiefgehender Gründe angeschlossen worden ist.

Die Sprache dieser Motive ist von derselben gleich schwer abzuweisenden Beredsamkeit in ihrem allgemeinen wie in dem besonderen Theile. Im allgemeinen Theile wird ein Rückblick geworfen auf die Entwicklung des deutschen Tarifs während des Zollvereins. „Die Verfassung des Zollvereins,“ heißt es, „mit dem vertragsmäßigen Erforderniß der Uebereinstimmung sämtlicher Vereinsmitglieder, stand einer autonomen Fortbildung des Tarifs entgegen. Es ist deshalb erklärlich, daß wesentliche Aenderungen des Tarifs erst auf dem Wege des Abschlusses von Zoll- und Handelsverträgen mit fremden Staaten zu Stande kamen.“ Ferner: „Die frühere Organisation des Zollvereins hätte den Versuch aussichtslos erscheinen lassen, vor dem Abschluß der Handelsverträge durch autonome Vereinsgesetzgebung eine für die Verhandlungen günstigere Grundlage zu schaffen. Es erübrigte daher nichts Anderes, als auf Grund des aus älterer Zeit überkommenen Tarifs mit den fremden Staaten in Unterhandlung zu treten. Da letztere Gewicht auf vermehrte Erschließung des deutschen Marktes legen mußten, so war es unvermeidlich, daß die auf Handelsverträge gegründete Tarifentwicklung des Zollvereins zu allmählicher Abänderung des früheren Schutzes der einheimischen Produktion führte.“ Es ist eine der vielen Variationen des alten deutschen Glendes, die hier treffend vor Augen geführt wird. Die widerstrebenden Interessen im deutschen Volke, größtentheils durch souveräne Vereinsglieder repräsentirt, waren allenfalls dazu zu bringen, durch Majoritätsbeschlüsse ein Interesse nach dem andern im Stich zu lassen. Sie wären nie dahin zu bringen gewesen, ein Interesse vor dem anderen zu schützen, was doch unvermeidlich gewesen wäre, um überhaupt zum Schutz zu gelangen, da man nicht alles auf einmal und in gleicher Weise schützen konnte. So erklärt es sich denn, weshalb die Tarifpolitik des Zollvereins unaufhaltsam den Weg dessen wandelte, was man in Deutschland Freihandel nannte, nämlich die zunehmende Oeffnung der Einfuhr bei zunehmender Sperrung der Ausfuhr. Schlagend führen die Motive nun weiter aus, wie die zunehmende Oeffnung der Einfuhr ohne Rücksicht auf die einheimische Produktion nur unter zwei Voraussetzungen dem Interesse der deutschen Nation hätte entsprechen können. Erstens mußten die übrigen Staaten, dem von Deutsch-

land gegebenen Beispiele folgend, das Exportinteresse mehr und mehr über die Sicherung des einheimischen Marktes stellen. In der That war diese Hoffnung bis vor wenigen Jahren weit verbreitet. Heute besteht nach der Lage der fremden Zollgesetzgebung und den Tarifprojekten verschiedener Staaten kein Zweifel, daß die erste Voraussetzung der seit 1865 maßgebenden deutschen Tarifpolitik nummehr hinfällig ist. Von höchster Bedeutung ist aber die jetzt folgende Ausführung der Motive. Die zweite Voraussetzung nämlich, unter welcher die Beibehaltung der auf den einheimischen Schutz mehr und mehr verzichtenden Tarifpolitik gerechtfertigt werden konnte, bestand darin, daß keine für Deutschland ungünstige Aenderung in den wirthschaftlichen Machtverhältnissen der Nationen gegenüber dem Zustande bei Abschluß der Handelsverträge in den sechziger Jahren eintrat. Aber diese Voraussetzung ist völlig geschwunden. Die Entwicklung der Verkehrsanstalten hat die Produktionsstätten und Absatzgebiete ganz anders gelagert, als vor zehn oder zwanzig Jahren. Der einheimische Absatz der wichtigsten deutschen Produkte, der Land- und Forstwirthschaft wie der Industrie ist durch eine Massenproduktion des Auslandes und durch die erleichterte Ableitung derselben auf den deutschen Markt in einer Weise bedroht, wie noch vor kurzer Zeit nicht vorausgesehen werden konnte. Dazu kommt, daß umgekehrt die fremden Nationen gelernt haben, durch die Schaffung einer eigenen Industrie mittelst der Zollgesetzgebung die Einfuhr aus Deutschland immer mehr zu entbehren.

Man sollte denken, diese Sprache wäre hinlänglich beredt. Es handelt sich bei der jetzigen Zollreform weit mehr noch um eine Präventiv- als um eine Repressivmaßregel, weit mehr noch um Sicherung vor den Gefahren der Zukunft als um Beseitigung bereits eingerissener Schäden. Aber auch das ist nicht zu verkennen, daß der bereits gestiftete, schon zu heilende Schaden groß genug ist. Unter den Staaten, welche die deutsche Einfuhr bereits gesperrt haben oder auf dem Wege dazu sind, führen die Motive zuerst die Vereinigten Staaten an, sodann Rußland, welches seit dem 1. Januar 1877 durch die Erhebung der Zölle in Gold die deutsche Einfuhr noch höher als bisher belastet, während Oesterreich-Ungarn und Italien bei dem Ablauf der Handelsverträge Anlaß genommen haben, die Waareneinfuhr durch neu festgestellte allgemeine Tarife beträchtlich zu erschweren, und in Frankreich, welches auch unter dem System der Handelsverträge den Schutz der nationalen Arbeit festzuhalten gewußt hatte, weitere Erwägungen über die Anpassung des Zollsystems an die Bedürfnisse der einheimischen Erwerbsthätigkeit im Gange sind.

Was nun den besonderen Theil der Motive anlangt, so können wir hier nicht die Begründung der neu vorgeschlagenen Zollsätze bei allen 43 Nummern des Tarifes auszüglich mittheilen. Nur ein paar der allerwichtigsten Nummern

bedürfen jedenfalls der Erwähnung. Dahin gehören vor allem die Getreidezölle. Durch den Wegfall der früheren Getreidezölle in Verbindung mit der Erweiterung der Eisenbahnnetz und den zu Gunsten der ausländischen Produktion eingeführten Differentialtarifen ist das massenhafte Einströmen fremden Getreides zur Regel geworden. Galizien, Polen, Ungarn, Rumänien, das südliche Rußland, sogar die Türkei und Amerika, fast ausschließlich Länder mit noch unbegrenzter Produktionsfähigkeit und geringen Produktionskosten, überschütten mit ihren Bodenerzeugnissen gerade diejenigen Märkte, welche bisher die Hauptabsatzgebiete der deutschen Landwirthschaft waren. Erwägt man, daß die Produktionskosten in Deutschland seit zehn Jahren in demselben Maße gestiegen, wie die Getreidepreise durch das Angebot aus billiger produzierenden Gegenden gefallen sind, daß ferner ungefähr gleichzeitig mit der Aufhebung der Getreidezölle der inländische Grundbesitz mit 10 bis 14 Prozent seines Ertrages durch Staatsauflagen belastet worden, zu welchen noch die Kommunalzuschläge in fortwährend steigender Höhe hinzukommen, so wird es erklärlich, daß der Getreidebau seit den sechziger Jahren in Deutschland wesentlich zurückgegangen ist. In Preußen hat die bebauten Ackerfläche seit jener Zeit um 8 Prozent der Gesamtackerfläche des Staates abgenommen, in Bayern um 90 830 Hektare. Es wird nicht mehr so viel Getreide produziert, als produziert werden könnte, wenn gegenüber der ausländischen Konkurrenz die Garantie eines größeren Absatzes vorhanden wäre. Zahlreiche Pächter und kleine Besitzer haben ihre Wirthschaften aufgeben müssen. Die Ertragsfähigkeit der Grundstücke ist in Folge der zahlreichen Subhastationen vermindert, und dem Acker werden aus Mangel an Mitteln nur ungenügend die nothwendigen Dungstoffe zugeführt. Die Ernteerträge sind daher vielfach fast um 20 Prozent heruntergegangen. Die Gefahr liegt nahe, daß Deutschland bei fortschreitender Entwerthung von Grund und Boden hinsichtlich seiner Ernährungsverhältnisse vollständig abhängig vom Auslande wird. Da nun Mißernten in Ländern wie Rußland, Rumänien, Amerika häufiger, und wenn sie eintreten, allgemeiner sind als bei uns, so würden dieselben unter Umständen eine vollständige Stockung der Zufuhr hervorrufen können. Die gleiche Wirkung könnte ein Krieg oder eine Blokade haben. Auf der anderen Seite wäre ein Aufhören der inländischen Getreideproduktion gleichbedeutend mit der Zahlungseinstellung des größten Theiles aller Landwirthe, und in Folge dessen mit einem Zusammenbruch unseres ganzen Kredit-systemes. Die vorgeschlagenen Getreidezölle kommen nun im Vergleich zu den gewöhnlichen Preisschwankungen gar nicht in Betracht, aber sie versprechen gleichwohl, der einheimischen Landwirthschaft wenigstens nach einer Richtung zur Hilfe zu kommen. Denn Deutschland ist durch die absolute Freiheit der Getreideeinfuhr der Ablagerungsplatz für die Ueberproduktion anderer Länder

geworden. Die Ueberfüllung des deutschen Marktes mit unverkäuflichen ausländischen Ueberschüssen ist das eigentliche Leiden unserer Landwirthschaft. Nicht darauf kommt es an, die Preise des Getreides höher zu schrauben, sondern darauf, für das inländische Produkt einen Abnehmer zu finden, welcher wenigstens so viel zahlt, daß das Produziren überhaupt noch lohnt. Ist im Inlande ein sicherer Absatzmarkt vorhanden, so wird es an inländischen Produkten nicht fehlen, selbst wenn die Preise, absolut betrachtet, noch unter die jetzigen geringen heruntergehen sollten. Die relative Preiserhöhung, welche in der Erweiterung des gesicherten Absatzes liegt, wird immer die Hauptsache bleiben.

Wir sind in der That gespannt, welche Antwort man auf diese Ausführung haben wird, nämlich, wenn die Antwort sich nicht schämen muß, vor die Ohren denkender Menschen gebracht zu werden.

Ähnlich schlagend ist die Ausführung zu Gunsten der Holzzölle. Es handelt sich ganz einfach um die Aufrechterhaltung einer deutschen Forstwirthschaft. Kann dieselbe nicht aufrecht erhalten werden durch die Erträge der Forsten, so muß sie aufrecht erhalten werden durch Beiträge der Steuerzahler, oder der deutsche Wald muß zu Grunde gehen. Das Letztere bedeutet die Unbewohnbarkeit des deutschen Bodens für ein selbständiges Volk. Gegen die gewaltige Sprache dieses Argumentes verschwindet fast das andere, daß die große Masse der Bewohner des deutschen Waldgebietes von rund 2500 Quadrat-Meilen, welche an das Gedeihen der Forstwirthschaft gekettet sind, denn doch eine größere Zahl repräsentirt als die sämmtlichen Interessenten am Handel mit fremdem Holz.

Auch bei dem deutschen Viehbestand zeigt sich seit der Ermäßigung resp. Aufhebung der Viehzölle ein wesentlicher Rückgang. Der Einwand, daß mit den jetzt vorgeschlagenen Zöllen nothwendige Lebensmittel der ärmeren Klassen besteuert würden, ist hinfällig, weil auf Kühe, Jungvieh und Schafe ein ganz niedriger Satz beantragt wird, bei den Schweinen von einer nennenswerthen Erhöhung der bisherigen Sätze abgesehen worden, und weil Ochsenfleisch nur ausnahmsweise von den unbemittelten Volksklassen verzehrt wird. Auch bei der Viehzucht arbeitet das konkurrirende Ausland unter so viel günstigeren Boden-, Abgaben- und Arbeiterverhältnissen, daß eine ungehemmte Konkurrenz den Fortbestand der deutschen Viehzucht ausschließt.

Wir verzichten auf die auszügliche Begründung der Sätze für die Industrie-Artikel, desgleichen der Finanzzölle. Wenn die in den Motiven gegebene Begründung nicht bei jedem Artikel von demselben, den Widerspruch zermalmen- den Gewicht ist, wie bei den zumeist angefochtenen Getreide-, Holz- und Viehzöllen, so ist sie doch überall beachtenswerth und von hohem Interesse.

Es wird sich bei den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages um nichts geringeres handeln, als um die physische Lebensfrage der deutschen Nation. Es ist außerordentlich thöricht, eine solche Frage banausisch zu schelten. Die Individuen, welche dem Gewerbebetrieb obliegen, können durch Verengung des Blickes und des Sinnes banausisch werden. Die Frage der materiellen Lebensbedingungen eines ganzen Volkes ist es niemals. Möchte diese Frage, welche allerdings nicht die höchste, aber die unmittelbarste aller Lebensfragen ist, mit dem Ernst der Betrachtung und mit der Lauterkeit der Waffen behandelt werden, wie sie allein der Vertretung des deutschen Volkes würdig sein können. Dann wird das die größte Verhandlung werden, die das deutsche Volk in seiner parlamentarischen Geschichte bisher erlebt hat. Keine Frage geht so auf das unmittelbarste Interesse jedes Einzelnen und zugleich auf den Bestand der höchsten Güter, auf den Fortbestand der nationalen Existenz selbst. Hier gibt es keine Exklusivität der Bedeutung, keine nur mittelbare Beziehung durch den nationalen Lebenszweck auf die Einzelnen. Aber hier ist auch jeder Einzelne, wie er mit seiner Existenz unmittelbar in Frage ist, ebenso verpflichtet, an die unmittelbare Gefahr des Ganzen zu denken. Mögen wir denn verschont werden mit den allzu oft gehörten Tiraden, daß man Niemand wehren dürfe zu kaufen, wo er es am billigsten kann u. s. w., Tiraden, deren Trivialität kaum ihrer Schädlichkeit gleich kommt. Es handelt sich um die Nation, nicht um den Einzelnen, der seine Sache auf Nichts gestellt hat.



---

## Literatur.

Von der „Bibliothek älterer Schriftwerke der deutschen Schweiz“, herausgegeben von J. Baechtold und J. Vetter, einer Sammlung, die durch das, was sie bringt, für die Schweiz eine ähnliche Bedeutung erlangen wird, wie sie die bekannte Quedlinburger Sammlung und die des Stuttgarter Literarischen Vereins für Deutschland erlangt haben, dadurch aber, wie sie es bringt — in vornehmer, geschmackvoller und deshalb einzig würdiger Ausstattung nämlich —, die deutschen Sammlungen entschieden in Schatten stellen wird, ist vor kurzem der zweite Band ausgegeben worden, der die Werke des genialen schweizerischen Dramatikers aus dem 16. Jahrhundert, Niklaus Manuel enthält (Frauenfeld, J. Huber, 1878). Wir kommen auf diesen Band und die werthvolle biographische und literarhistorische Arbeit, welche der Herausgeber, J. Baechtold, dem Neudruck der Texte vorausgeschickt hat, noch ausführlicher zurück.

---

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.  
Verlag von F. V. Herbig in Leipzig. — Druck von Hüthel & Herrmann in Leipzig.